

SCHULDENREPORT 2019

Auf einen Blick

Ergebnisse Schuldenreport 2019

Die aktuelle globale Schuldenkrise bedroht Millionen von Menschen akut in ihrer Existenz. Denn wenn ein Großteil der Haushaltsmittel eines Landes in den Schuldendienst fließt, fällt es den Ländern schwer, soziale Dienstleistungen wie Gesundheitsvorsorge bereitzustellen oder in Bildung zu investieren. Auch die Umsetzung internationaler Entwicklungsziele (SDGs) und damit dringend notwendige Maßnahmen gegen den Klimawandel rücken für überschuldete Staaten in weite Ferne.

- Der Schuldenreport 2019 zeigt: 122 von 154 untersuchten Ländern sind kritisch verschuldet. In knapp drei Viertel dieser Länder hat sich die Situation zwischen 2014 und 2017 deutlich verschlechtert.
- 17 Länder haben ihre Schuldenrückzahlungen eingestellt und sind damit zahlungsunfähig. Neu auf dieser Liste sind Barbados, Gambia, Sambia und Sao Tomé und Príncipe. Sie mussten im vergangenen Jahr die Zahlungen an ihre Gläubiger ganz oder teilweise einstellen
- Hauptauslöser der derzeitigen Schuldenkrise ist der globale Trend aus niedrigen Zinsen im Globalen Norden und einem hohen Finanzierungsbedarf für Infrastruktur in vielen ärmeren Ländern. Länderspezifische Faktoren wie die Abhängigkeit vom Rohstoffexport, politische Fragilität sowie die Folgen von Naturkatastrophen verstärken die Überschuldungsgefahr (siehe Artikel „Verschuldete Staaten weltweit“, S. 8).

Empfehlungen an die Bundesregierung:

- Die Bundesregierung muss sich rasch für mehr Transparenz bei der Kreditvergabe einsetzen, beispielsweise durch eine Initiative zur **Schaffung eines weltweiten, öffentlich zugänglichen Schulden-Registers aller staatlichen Verbindlichkeiten**. Ob ein Gläubiger die Kreditansprüche vor Gericht geltend machen kann, sollte verbindlich vom Eintrag in ein solches Register abhängig gemacht werden (siehe Artikel „Licht ins Dunkel bringen!“, S. 24).
- Die Bundesregierung sollte sich zudem für die **rasche Schaffung eines effizienten und rechtsstaatlichen Staateninsolvenzverfahrens** auf multilateraler Ebene einsetzen, das unparteilich ist, die grundlegenden Menschenrechte der betroffenen Bevölkerung berücksichtigt und Gläubiger zu einer verantwortlicheren Kreditvergabe zwingen würde (siehe Artikel „Handeln statt blockieren“, S. 31).
- Die Bundesregierung sollte sich dafür einsetzen, die **derzeitige Schuldenkrise und sinnvolle Entschuldungsoptionen zur politischen Priorität der G20** zu machen. Denn ein rechtsstaatliches Entschuldungsverfahren kann für Staaten mit schwacher Regierungsführung einen Demokratisierungsanreiz bieten, weil illegitime Schulden dadurch gestrichen werden können (siehe Artikel „Schuldenerlass für Diktatoren?“, S. 40).
- Die Bundesregierung sollte durch die **konsequente Nutzung der Schuldenumwandlungsfazilität** ihre Forderungen gegenüber armen Ländern in Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsinvestitionen umwandeln und so einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung der Agenda 2030 (SDGs) im Globalen Süden leisten. Jährlich können Forderungen in Höhe von bis zu 150 Millionen Euro umgewandelt werden. Dazu ist es notwendig, dass das Bundesministerium der Finanzen 2019 die Nutzung der Fazilität aktiv unterstützt (siehe „Deutschland als Gläubiger des Globalen Südens“, S. 19).